

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

September 1991

Die Pest des Chauvinismus und Rassismus geht vor allem von diesem Staat aus!

Es ist eine verdamnte Lüge, daß "die deutsche Wiedervereinigung sich gegen niemanden richtet". Diese "Wiedervereinigung", sprich die Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus, richtet sich auf jeden Fall gegen die hier lebenden ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, Asylsuchende, die vor reaktionärer Unterdrückung und kapitalistischem und neokolonialistischem Elend Geflohenen.

Seit dem 9. November, dem Triumphtag des deutschen Chauvinismus, hat sich für sie das Klima spürbar verschärft, es ist zunehmend eisiger, aggressiver, lebensbedrohlicher geworden. Pöbeleien und Beschimpfungen aus beliebigen Anlässen, Überfälle auf offener Straße nicht nur durch äußerlich kenntlich gemachte Neonazis – der deutsche Chauvinismus und Rassismus hat noch fester Tritt gefaßt und marschiert an allen Fronten weiter vorwärts, weiter nach der imperialistischen Parole "Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt".

In vorderster Linie steht die Ausländerpolizei des westdeutschen Imperialismus, die ihr dreckiges Geschäft mit preußisch-deutscher Gründlichkeit betreibt: Der seit 17 Jahren in Westberlin lebende ägyptische Journalist Mohamed Osman und der türkische Staatsanhörige Turhan Koca, der hier aufgewachsen ist und nach einem längeren Aufenthalt in der Türkei in Westberlin geheiratet hat, sollen mit dem Instrument des neuen Ausländergesetzes abgeschoben werden. Im Fall von Turhan Koca ist es der Umstand, daß seine Ehefrau – die zudem hochschwanger ist – zum Zeitpunkt der Heirat noch nicht volljährig war. Nicht nur sie, über 500 weitere Ausländer in Westberlin sind akut von Abschiebung bedroht.

Der faschistische Mob wird immer frecher. Die kriegsmäßige Belagerung eines Arbeiterwohnheimes für Mozambiquaner und Vietnamesen und einer Unterkunft für Asylsuchende in Hoyerswerda/Sachsen geben einen Vorgeschmack darauf, was auch in Westberlin und anderswo noch zu erwarten ist.

Den Lügen und Verdrehungen zur ungebrochenen Tradition des deutschen Chauvinismus und Rassismus entgegenzutreten!

Der verstärkte Rassismus und Chauvinismus nach der imperialistischen "Wiedervereinigung" wird von zynischen Ablenkungsmanövern begleitet. Wenn die Medien des westdeutschen Imperialismus das Thema überhaupt aufgreifen, dann vorzugsweise im Ost-Berliner Stadtteil Lichtenberg und nicht im Märkischen Viertel in Westberlin, dann in Dresden, Leipzig und Hoyerswerda und nicht in Bayreuth, München und Saarlouis. Unter Verweis auf besonders eklatante Vorfälle auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wird behauptet, solches käme hauptsächlich dort vor, wird ein Teil für das ganze "Problem" ausgegeben.

Der Naziaufmarsch in Bayreuth zum Todestag des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß, die Aktionen faschistischer Organisationen auf dem Münchener Oktoberfest, die Ermordung eines Flüchtlings aus Ghana durch einen Brandanschlag auf ein Wohnheim in Saarlouis zeigen, wie verlogen diese Behauptungen sind. Von 58 offiziell registrierten Überfällen und Brandanschlägen auf Asylunterkünfte von Januar bis August wurden 42 in den sog. alten Bundesländern verübt. Solche Aktionen finden statt auf dem Boden des staatlich geschürten Chauvinismus und Rassismus, der Mobilmachung gegen alles "Fremdländische", "Anti-Deutsche".

Mit Parolen wie "Das Boot ist voll", "Asylantenschwemme" erzeugen die Schreiberlinge von FR bis Bild, die Politiker aller Parteien von CSU bis SPD und auch den Grünen eine chau-

vinistische Pogromstimmung. Unterbringung von Flüchtlingen in Bunkern und unbeheizten Zelten in Bayern und Aufnahmestop im "rot-grün" regierten Niedersachsen sind die begleitende "Abschreckungspraxis". Die Abschreckung und Abschottung soll sogar bis an die "Außengrenzen Europas", z.B. an die russisch-polnische Grenze vorverlagert werden, wofür mit DM-Krediten gelockt und erpreßt wird. De facto ist das "Grundrecht auf Asyl" sowieso schon längst ausgehöhlt, und der schon seit längerem geführte Streit um den Artikel 16 des Grundgesetzes ist vor allem ein Streit darum, wie der Schein nach außen hin bei weiterer Verschärfung der Praxis am besten gewahrt werden könnte. Der jetzt gefundene "Kompromiß", der die Einrichtung von zentralen Sammellagern und endgültig zur Farce reduzierte Asylverfahren vorsieht, zeigt die grundlegende Einigkeit der Parteien des westdeutschen Imperialismus darin, noch brutaler abzuschrecken, zu erniedrigen und abzuschleppen.

Es ist weder eine neue politische Erscheinung noch ein Zufall, daß die Zahl politisch Verfolgter, die Zahl jener, die vor reaktionären Kriegen und faschistischem Terror fliehen, steigt.

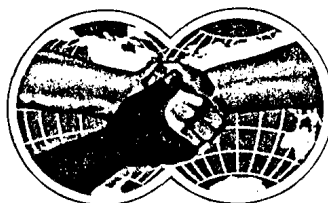
Dafür verantwortlich ist ein ganzes Weltssystem von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung. In diesem imperialistischen Welt-system reichen sich die Großmächte die Hand, wenn es gilt, den Kampf der Massen für Brot, für politische Freiheiten, für die Revolution rigoros zu unterdrücken und wetzeln, wer besser und effektiver, seine "Beute", seine von ihm abhängigen Länder unterdrücken und ausplündern kann, dafür werden reaktionäre Kriege und Bürgerkriege geschürt, blutige Regimes gestützt und am Leben gehalten. Die Haltung und Maßnahmen des westdeutschen Imperialismus stehen für diese Politik.

Überfälle faschistischer Banden, chauvinistische und rassistische Hetze, rigide Abschreckung und Abschiebung gegen Asylsuchende, besondere Unterdrückung der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter gibt es nicht erst seit dem 9. November, sondern sie waren schon immer wesentliche Bestandteile der Politik und des Systems des westdeutschen Imperialismus. Ufuk Sahin, der von einem faschistischem Messerstecher ermordet wurde, Kemal Altun, der der gnadenlosen bundesdeutschen Justiz zum Opfer fiel und die sechs Flüchtlinge vom Augustaplatz, die in Abschiebehaft unter den Augen untätiger Gefängniswärter verbrannten, stehen allein in Westberlin als Opfer dieser Politik dafür. Die heutigen Überfälle faschistischer Banden und staatlichen Übergriffe, die chauvinistische und rassistische Praxis in der ehemaligen DDR sind eine Fortsetzung dessen, was im alten Herrschaftsgebiet des westdeutschen Imperialismus seit Jahren gang und gäbe ist.

Die Verlogenheit seiner Propaganda wird vollends deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß der westdeutsche Imperialismus der Nachfolger des Hitlerfaschismus ist, der großdeutsches Herrenmenschtum und Rassenwahn in seinen bisher brutalsten Formen praktizierte. Nach der Niederschlagung Nazi-deutschlands 1945 lebte der unselige Geist des Chauvinismus und Rassismus weiter und wurde von den westdeutschen Imperialisten wiederbelebt. "Deutschland, Deutschland über alles" wurde nur formell aus der Nationalhymne gestrichen; abgesehen davon, daß seit einigen Jahren wieder alle drei Strophen in den Schulbüchern zu lesen sind. Die ungebrochene Tradition des deutschen Faschismus ist heute eine wesentliche Basis der chauvinistischen Propaganda und rassistischen Unterdrückung.

Die Herren dieses Staatsapparates, der in die Fußstapfen des Nazistaates getreten ist und dessen Polizei, Justiz und Armee weitgehend von diesem übernommen wurde, behaupten, Rassismus, Attacken gegen Ausländer und Flüchtlinge, chauvinistische Verblendung und Exzesse wären vor allem ein "Problem" neonazistischer Banden – "rechtsextremer Gruppen", wie sie diese verharmlosend nennen – und einiger "ewig Gestriger". Damit soll davon abgelenkt werden, daß es der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus, sein System der Ausbeutung und Unterdrückung selbst ist, das Rassismus und Chauvinismus praktiziert und propagiert und auch den Boden bereitet, auf dem die faschistischen Gruppen operieren können.

Proletarier
aller Länder
vereinigt Euch!



Tod dem
westdeutschen
Imperialismus!

Die Polizei des westdeutschen Imperialismus schützt diese Banden und läßt sie gewähren, in Westdeutschland und Westberlin ebenso wie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Wahlversammlungen und Parteitage der Rep-Faschisten in Westberlin wurden unter massivem Polizeiaufgebot gegen die antifaschistischen Demonstranten durchgeführt, in Bayreuth konnten tausende Neonazis ungehindert aufmarschieren und anschließend auf heimreisende Gegendemonstranten losgehen, in Frankfurt/Oder, wo Busse polnischer Touristen mit Steinen beworfen wurden, oder in Hoyerswerda griff die Polizei erst ein und das mit äußerster Zurückhaltung, als die Situation für das Image der "freiheitlich-demokratischen Ordnung" unzutrag-

Die Heuchelei der SED-Revisionisten

Bei Staatsempfängen und Feiertagen machten die SED-Revisionisten groß in Internationalismus. Hier ließ man die "internationale Solidarität" und die "Völkerfreundschaft" hochleben, während die revisionistisch-kapitalistische Praxis ganz anders aussah, schmutzig, skrupellos, kein Geschäft auslassend, das Profit versprach.

Die Revisionisten vom Schlage Honeckers unterstützten zum Beispiel die sozialimperialistische Sowjetunion im Afghanistan Krieg, sie förderten das reaktionäre Regime unter dem Diktator Mengistu in Äthiopien, das jahrzehntelang den Befreiungskampf des eritreischen Volkes brutal unterdrückte.

Während sie "internationalistische" Reden schwangen, machten sie unter der Hand Geschäfte mit Südafrika oder verschoben Waffen etwa für den reaktionären Iran-Irak-Krieg. Und für harte DM war den SED-Fürsten kein Geschäft zu dreckig: Als Gegenleistung für einen großzügigen Kredit gingen sie den westdeutschen Imperialisten als Hilffsheriffs zur Hand. Sie sorgten dafür, daß politischen Flüchtlingen der Weg nach Westberlin über die DDR versperrt wurde, indem Interflug den Transport ohne westdeutsches Visum verweigerte.

Die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sie in die DDR holte, wurden ihrem kapitalistischen Profit- und Ausbeutungsinteresse unterworfen. Doppelzünftig zeigte sich die SED auch hier: "Internationalistische" Rituale wurden praktiziert, wenn sie mit großem Pomp ihre revisionistischen Gesinnungsgenossen aus anderen Staaten empfing. Ganz anders wurden dagegen die Arbeiter und Arbeiterinnen aus Vietnam, Angola und Mosambique behandelt: Statt der proklamierten Völkerfreundschaft erfuhren sie Kaserne und Isolierung, statt der versprochenen qualifizierten Ausbildung wurden sie zu Hilfsarbeiterjobs herangezogen. Den süßlichen Worten des Betriebsdirektors beim offiziellen Empfang folgten Beschimpfungen als "Fidschi" und "Briketts" am Arbeitsplatz und auf der Straße. Wen wundert es da, daß es bereits in der damaligen DDR faschistische Aktivitäten gegeben hat. Und hat jemand jemals Eduard von Schnitzler im "Schwarzen Kanal" dagegen oder gegen den Polenhaß in der DDR wettern hören!?

Die SED übte keineswegs eine "kommunistische Diktatur" aus, wie die westdeutschen Imperialisten behaupten, sondern hatte eine kapitalistisch-revisionistische Diktatur errichtet, die mit Kommunismus und Internationalismus schon lange nichts mehr zu tun hatte. Aber dies war nicht von Beginn an so: Nach dem 2. Weltkrieg wurde zuerst in der Sowjetischen Besatzungszone ein Bruch mit der faschistischen und imperialistischen Tradition vollzogen. Die junge DDR hatte die historische Chance, durch die Hilfe der damals noch sozialistischen Sowjetunion und ihrer Roten Armee einen "besseren" deutschen Staat aufzubauen. Dies blieb jedoch in den Anfängen stecken und wurde durch den Verrat der modernen Revisionisten endgültig ins Gegenteil verkehrt.

lich wurde. Ein paar vorläufig Festgenommene, die Stunden später wieder mit Baseballschlägern und Eisenketten losziehen können, lautet meist die Bilanz. Bei der antifaschistischen Demonstration in Hoyerswerda am letzten Sonntag waren Polizei und Bundesgrenzschutz dagegen mit 500 hochgerüsteten Mann präsent, die offenbar Befehl hatten, beim ersten Vorwand brutal gegen die Demonstranten vorzugehen. Staatsanwälte und Richter, welche militante Antifaschisten, protestierende Hausbesitzer und Volkszählungsgegner mit drakonischen Strafen verfolgen, sind um das Wohl und Seelenleben der neonazistischen Schläger geradezu besorgt - wenn sie diese überhaupt zu Gesicht bekommen. Und die bestallten Soziologen dieser Ordnung erklären Neofaschismus, zunehmende chauvinistische und rassistische Attacken und die breite Sympathie, welche diese genießen, als mehr oder weniger unvermeidliche Folge der sich verschlechternden sozialen Lage und der wirtschaftlichen Krise - geflissentlich solche Tatsachen ignorierend, daß z.B. überdurchschnittlich viele Hausbesitzer und Polizisten die "Republikaner" unterstützen.

Der zur Staatsideologie erhobene deutsche Chauvinismus, der längst hoffähige Rassismus, die Propaganda der herrschenden Klassen, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern für sich schufften lassen und sie gleichzeitig kalkuliert zum Sündenbock erklären, ein Unterdrückungsapparat, der in Ideologie und Praxis selbst von Chauvinismus und Rassismus geleitet wird, das aber sind die wirklichen Ursachen.

Die Weißwäscher des westdeutschen Imperialismus verweisen gerne auf die nicht zu bestreitende Existenz von Nazigruppen und Anhängern faschistischer und rassistischer Ideologie bereits in der real existierenden DDR. Die

Vor allem das Hauptübel, den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus bekämpfen! Die Selbsthilfe gegen den Faschismus organisieren!

Die Umtriebe der faschistischen Banden haben alarmierende Ausmaße angenommen. Ihnen muß entschlossener Widerstand entgegen gesetzt werden, der diesen mordbereiten Schlägern mit gebührenden Mitteln antwortet. Dieser Widerstand kann nur von unten, ohne Illusionen in den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus, als antifaschistische Selbsthilfe erfolgreich organisiert werden.

Es darf nicht übersehen werden, daß der staatliche Terror des westdeutschen Imperialismus den der Neofaschisten bei weitem übersteigt, die legalen Verbrechen des Staatsapparats weitaus umfangreicher, die von ihm ausgehenden Gefahren viel größer sind, allein aufgrund der Mittel, über die er verfügt, und die allesamt auch anzuwenden, die Herrschenden im Prinzip keine Skrupel haben. Das auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende System des westdeutschen Imperialismus, die ganze blutriefende Geschichte der deutschen Bourgeoisie bringen den Chauvinismus und Rassismus hervor, erzeugen und schützen nicht nur neofaschistisches Bantentum, sondern produzieren die zunehmende Faschisierung der ganzen Gesellschaft, die Gefahr der neuerlichen Errichtung einer faschistischen Herrschaft nach innen und der Aggression gegen andere Völker nach außen.

KAMPF DEM DEUTSCHEN CHAUVINISMUS UND RASSISMUS! TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

★ Vertrieb für internationale Literatur

Brunhildstraße 5 in 1000 West-Berlin 62
mittwochs von 16.30-18.00 Uhr geöffnet

Vorbilder dort aber waren und sind die Kreaturen, die hier im alten Herrschaftsbereich des westdeutschen Imperialismus hochgepöppelt wurden und aus dessen faschistische Vorgeschichte sie ihr ideologisches Rüstzeug beziehen. Es sind Organisatoren aus Westdeutschland und Westberlin, die in Berlin/Ost, Dresden oder Cottbus die neofaschistische Infrastruktur aus- und auch aufgebaut haben. Die Einpeitscher der mörderischen Aktivitäten sind zu einem großen Teil eingereiste Funktionäre der NPD, der FAP und anderer Gruppen.

Aus alledem kann nur ein Schluß gezogen werden: Chauvinismus und Rassismus, überhaupt die ganze braune Pest, die sich mehr und mehr ausbreitet, gehen vor allem vom Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus aus! Dies war und ist so in Westdeutschland, dem Nachfolgestaat des Nazireichs, das war und ist so in Westberlin, das sich der westdeutsche Imperialismus auf dem Weg zur Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges als einen der ersten Schritte faktisch einverleibt hatte, das ist heute so in der gerade einverlebten DDR, wo der westdeutsche Imperialismus dabei ist, den Staatsapparat unter seinem Kommando und nach seinen Maßstäben auf- und auszubauen, um den Prozeß der Einverleibung weiter voranzutreiben.

Der ideologische und politische Kampf gegen die Fluten des deutschen Chauvinismus und Rassismus ist nicht nur im Interesse der hier lebenden ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, der Freiheitskämpfer und politisch Verfolgten, der Arbeitssuchenden aus anderen Ländern notwendig, sondern gerade auch im Interesse der Aufklärung und internationalistischen Erziehung der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter und Werktätigen überhaupt. Denn die immer massiver werdenden Bemühungen und auch Erfolge, sie rassistisch zu verblenden, ihnen ein dumpfes Überlegenheitsgefühl gegenüber Menschen aus anderen Ländern und Kontinenten, aus Polen, der Türkei, Sri Lanka usw. einzupflanzen, sie gegen politische Flüchtlinge und ihre arbeitssuchenden Klassenbrüder aus anderen Ländern aufzuhetzen, machen auch jeglichen Fortschritt im Klassenkampf hier in Westberlin unmöglich, gar nicht zu reden vom Sturz des westdeutschen Imperialismus in der gewaltsamen proletarischen Revolution, die allein diese elenden und erniedrigenden, auf der Unterdrückung aller Werktätigen beruhenden Verhältnisse von Grund auf beseitigen kann.

